

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik

Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien

T 05 90 900-DW | F 05 90 900-269

E up@wko.at

W <http://wko.at/up>

Ergeht per Themenmonitor an:

- 1) alle Wirtschaftskammern
- 2) alle Bundessparten

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
Up/37/DA/FE

Durchwahl
4274

Datum
19.10.2016

Verwaltungsreformgesetz; Agrarrecht; BEGUTACHTUNG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Verwaltungsreformgesetz ist als Artikelgesetz konzipiert, das in mehreren Gesetzen Verwaltungsvereinfachungen vorsieht. Aus Gründen der Übersichtlichkeit erfolgt die Begutachtung nach den einzelnen Materiensetzen getrennt und nicht im Gesamtpaket. Die Artikel 10 ff enthalten Änderungen u. a. zu folgenden Gesetzen: Pflanzenschutzgesetz 2011, Futtermittelgesetz 1999, BFW-Gesetz, Rebenverkehrsgesetz, Produktebörsengesetz, Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, Spanische Hofreitschule-Gesetz, Börsesensale-Gesetz.

Die Eckpunkte dabei sind:

- Einvernehmensbindungen, die nicht zwingend erforderlich sind, sollen gestrichen werden (Pflanzenschutzgesetz, Düngemittelgesetz, Futtermittelgesetz, BFW-Gesetz, Rebenverkehrsgesetz);
- Durchführungsbeschlüsse der Europäischen Kommission, die ohnehin unmittelbar anwendbar sind, sollen in Zukunft nicht mehr durch eine innerstaatliche Verordnung "umgesetzt" werden (Pflanzenschutzgesetz);
- Streichung der Ausnahme vom Geltungsbereich für Verbrennungsrückstände (Futtermittelgesetz);
- Das Produktebörsengesetz enthält neue Regelungen des aufgehobenen Börsesensale-Gesetzes (Ermächtigung der Börsekammer, nähere Bestimmungen über Rechte und Pflichten der Börsesensale zu erlassen);
- Aufgehoben werden: Flurverfassungs-Grundsatzgesetz, das Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, das Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz, das Wald-Weidenutzungs-Grundsatzgesetz. Die bisherigen Regeln der Länder bleiben im grundsatzfreien Raum weiter bestehen.

Im Übrigen verweisen wir auf den Entwurf und seine Erläuterungen.

Um allfällige Stellungnahmen bis spätestens

Montag, 24. Oktober 2016, 12.00

wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Daniela Andratsch